Bundeskanzleramt

Personal des Bundes

Daten und Fakten 2025



Der öffentliche Dienst in Österreich

Tabelle 1: Basisdaten Bevölkerung und Arbeitsmarkt 2024

Einwohnerinnen und Einwohner (in Tausend)	9.148
unselbstständig Erwerbstätige (in Tausend)	3.941
Arbeitslosigkeit (laut EUROSTAT)	5,2 %

Tabelle 2: Basisdaten Volkswirtschaft und staatlicher Sektor 2024

Bruttoinlandsprodukt (BIP in Mrd. €)	484,2
Abgabenquote (in % des BIP)	44,9 %
staatliche Ausgaben (in % des BIP)	56,3 %
Sach- und Personalaufwand des staatlichen Sektors (in % des BIP)	19,1 %
Beschäftigung im staatlichen Sektor* (in Tausend)	812

Quelle: Statistik Austria, *Daten 2023

In Österreich wird die öffentliche Verwaltung vom Bund, von neun Ländern sowie den 2.092 Gemeinden wahrgenommen. Zusätzlich zu den Gebietskörperschaften werden zuweilen auch die Sozialversicherungsträger, die gesetzlichen Interessensvertretungen (Kammern) und weitere an der Erstellung öffentlicher Leistungen beteiligte Rechtsträger dem staatlichen Sektor zugerechnet.

Tabelle 3: Personalstand der Gebietskörperschaften

Gebietskörperschaft	**Personalstand**
Bund	137.687
Länder	149.269
Gemeinden	87.956
Gesamt	**374.912**

Personalstände in Vollbeschäftigtenäquivalenten, exklusive ausgegliederte Einrichtungen und Betriebe. Datenstand: Bund 31.12.2024, Länder 2023 und Gemeinden 2023, Quelle: Bund – MIS, Länder – eigene Angaben der Bundesländer auf Basis des österreichischen Stabilitätspaktes, Gemeinden – Statistik Austria

Die im staatlichen Sektor beschäftigten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter werden unter dem Begriff „öffentlicher Dienst" zusammengefasst. Mit der service- und bürgerorientierten Aufgabenerfüllung tragen sie entscheidend dazu bei, positive Impulse für Gesellschaft und Wirtschaft zu setzen. Neben bekannten Beispielen für öffentliche Aufgabenbereiche, wie Schulwesen, Innere und Äußere Sicher-

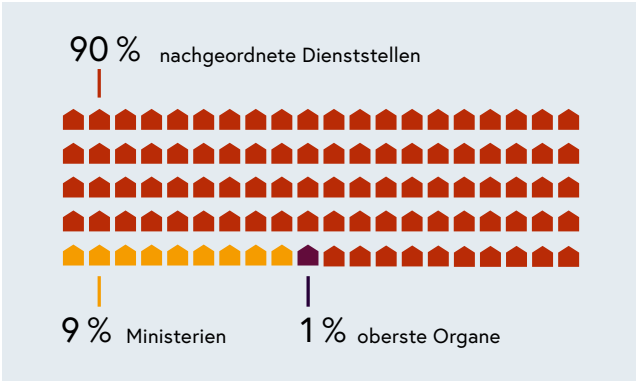
heit oder Steuer- und Abgabenverwaltung, in denen ein großer Teil des Personals beschäftigt ist, sind öffentlich Bedienstete auch in vielen anderen Bereichen tätig. Zu nennen wären hier beispielsweise diverse Sozialleistungen, Aufrechterhaltung und Verbesserung der Infrastruktur, Lebens- und Arzneimittelsicherheit, Umwelt- und Naturschutz, Gesundheitswesen etc.

Der Bund

Die Bundesverwaltung ist in Ressorts gegliedert. Ein Ressort setzt sich aus einer Zentralstelle (Ministerium) und nachgeordneten Dienststellen zusammen.

Der Anteil der direkt in den Zentralstellen arbeitenden Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beträgt 9 %. In den zahlreichen nachgeordneten Dienststellen wie z. B. Schulen, Gerichten, Finanzämtern und Polizeiinspektionen arbeiten 90 % der Bediensteten.

Bei den sonstigen obersten Organen (Präsidentschaftskanzlei, Parlamentsdirektion, Verfassungsgerichtshof, Verwaltungsgerichtshof, Volksanwaltschaft und Rechnungshof) sind 1 % der Bundesbediensteten tätig.



Darüber hinaus arbeiten rund 2.981 Bundesbeamtinnen und Bundesbeamte (VBÄ) in ausgegliederten Einrichtungen (z. B. Statistik Austria, Bundesmuseen, Arbeitsmarktservice, Universitäten, Bewährungshilfe etc.) und rund 5.329 in den Nachfolgegesellschaften der Post und Telegraphenverwaltung.

Die Berufsgruppen im Bundesdienst

Der österreichische Bundesdienst umfasst acht Berufsgruppen, darunter fällt der Verwaltungsdienst, Exekutivdienst, militärische Dienst, Krankenpflegedienst, die Schulaufsicht und Lehrpersonen an Schulen und pädagogischen Hochschulen, und Richterinnen und Richter sowie Staatsanwältinnen und Staatsanwälte. Je nach Zuständig-

keit greifen die Ressorts auf unterschiedliche Berufsgruppen zurück. Besonders breit aufgestellt ist der Verwaltungsdienst, dessen Bedienstete in nahezu allen Bundesressorts tätig sind. Ihre Aufgaben umfassen juristische, wirtschaftliche, technische, psychologische und administrative Tätigkeiten.

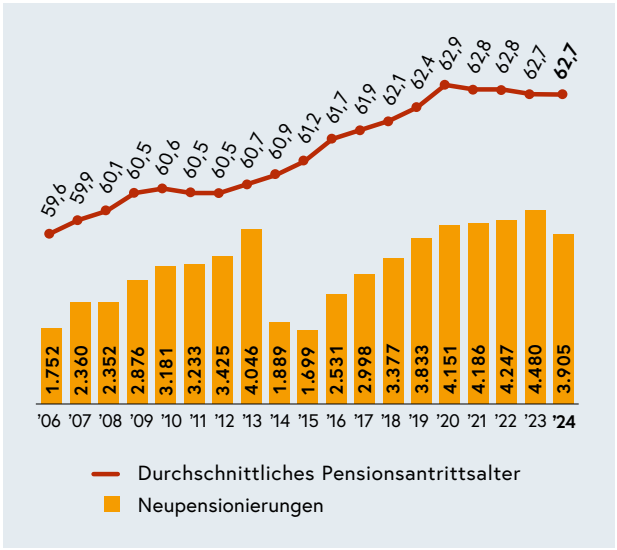
Wussten Sie schon? Kein Ressort umfasst alle acht Berufsgruppen. Die meisten hat das Bundesministerium für Justiz mit fünf vertretenen Gruppen.

	Personalstand	Durchschnittsalter	Frauenanteil	Jahreseinkommen (Median)
Verwaltungsdienst	47.092 VBÄ	46,0 Jahre	54,5 %	50.046 Euro
Exekutivdienst	34.864 VBÄ	40,1 Jahre	24,4 %	61.663 Euro
Ri/StA	3.134 VBÄ	47,0 Jahre	59,4 %	110.348 Euro
Lehrpersonen	38.187 VBÄ	46,0 Jahre	59,7 %	58.007 Euro
Hochschullehrpersonen	1.159 VBÄ	49,8 Jahre	63,0 %	78.145 Euro
Militärischer Dienst	12.577 VBÄ	41,8 Jahre	4,1 %	58.272 Euro

Pensionierungen im Bundesdienst

Das durchschnittliche Pensionsantrittsalter im Bundesdienst lag 2024 bei 62,7 Jahren und blieb damit nahezu konstant. Leichte Verschiebungen ergaben sich durch mehr vorzeitige Pensionierungen (+ 34) und weniger reguläre Pensionierungen (– 56).

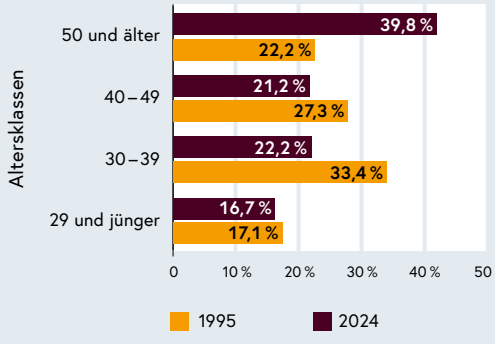
Besonders auffällig war der Anstieg der Neupensionierungen im Exekutivdienst, der das niedrigste Pensionsantrittsalter aufweist, während bei Lehrpersonen, mit dem höchsten Antrittsalter, ein Rückgang zu verzeichnen war. Gemeinsam machen diese beiden Berufsgruppen rund die Hälfte aller Neupensionierungen aus und beeinflussen somit maßgeblich den Gesamtdurchschnitt. In den Jahren 2020 bis 2024 war das Pensionsantrittsalter weitgehend konstant. Voraussichtlich wird sich diese Entwicklung fortsetzen.



Altersstruktur der Bediensteten

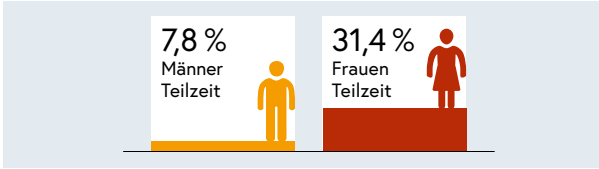
Das Durchschnittsalter des Bundespersonals lag 2024 bei 44,3 Jahren und ist seit 2017 leicht rückläufig, vor allem aufgrund zahlreicher Pensionierungen und vermehrter Neueintritte, insbesondere im Exekutivdienst. Trotz dieses kurzfristigen Rückgangs bleibt die Altersstruktur unausgewogen. Ein großer Teil des Personals gehört älteren Jahrgängen an, während jüngere Altersgruppen unterrepräsentiert sind. Bis 2037 wird voraussichtlich rund 42 % des derzeitigen Personals in den Ruhestand treten. Diese Entwicklung stellt das Personalmanagement vor erhebliche Herausforderungen, insbesondere im Hinblick auf Wissenssicherung, Weiterbildung und die Anpassung von Arbeitsbedingungen an eine alternde Belegschaft.

Altersklassen 1995 und 2024



Teilbeschäftigung im Bundesdienst

Der Teilbeschäftigtenanteil im Bundesdienst liegt 2024 bei 18,3 %. Sowohl unter den Beamtinnen und Beamten als auch unter Vertragsbediensteten nützen Frauen die Möglichkeit der Teilbeschäftigung in größerem Umfang.



Qualifikation der Bediensteten

Der Anteil hochqualifizierter Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ist im Bundesdienst traditionell hoch. Die Rückbesinnung auf Kernaufgaben, die sich in der Ausgliederung operativer Dienststellen und der Übertragung von Serviceleistungen auf private Dienstleister zeigt, führt seit Jahren zu einem wachsenden Anteil an Personen mit Hochschul- bzw. Maturaabschluss. Er liegt heute bei 51,1 % während er unter Beschäftigten in der Privatwirtschaft 42,3 % beträgt.

Tabelle 4: Anteil an Personen mit Matura bzw. Hochschulabschluss 2024

Geschlecht	Bund	Privater Sektor
Frauen	63,6 %	46,7 %
Männer	41,8 %	38,1 %

Ausbildungsverhältnisse im Bundesdienst

Die Arbeit in der Bundesverwaltung erfordert je nach Berufsgruppe und Arbeitsplatz ein umfassendes Wissen. Daher absolvieren alle neuen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter eine an die Vorbildung anknüpfende interne Grundausbildung, um den spezifischen Anforderungen im Bundesdienst gerecht zu werden.

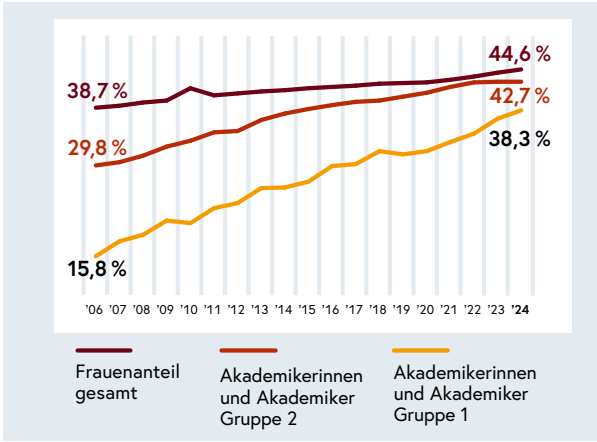
Weiters bietet der Bund diverse Praktika an: Das Verwaltungspraktikum oder das Rechtspraktikum (Gerichtsjahr) hingegen vermitteln Wissen, das auch auf dem privatwirtschaftlichen Arbeitsmarkt gefragt ist. Mit derzeit 1.467 Lehrlingen ist der Bund einer der größten Lehrlingsausbildner Österreichs. In ausgegliederten Einrichtungen des Bundes sind darüber hinaus 2.971 Lehrlinge tätig.

Mit 31.12.2024 befanden sich 854 Bedienstete in der Ausbildung für Truppenoffiziers- und Unteroffiziersfunktionen.

Frauen und Männer im Bundesdienst

Der Frauenanteil im gesamten Bundesdienst beträgt 44,6 %. Seit mehreren Jahren steigt der Frauenanteil vor allem auch in Bereichen, in denen Frauen unterrepräsentiert sind (Exekutive, Militär). Der Anteil von Frauen an den unselbstständig Erwerbstätigen beträgt österreichweit 48,0 %.

Dieser Wert wird in 9 der 12 Ressorts überschritten. Sowohl im Bundesministerium für Inneres als auch im Bundesministerium für Landesverteidigung liegt der Frauenanteil deutlich unter dem Durchschnitt. Dies ist vor allem auf den hohen Anteil an Exekutiv- und Militärdienst zurückzuführen. Berufsgruppen, in denen Frauen historisch bedingt unterrepräsentiert sind. Im Bundesministerium für Arbeit und Wirtschaft fällt die Abweichung mit rund drei Prozent vergleichsweise gering aus.



Eine zentrale Kennzahl für die Gleichstellung von Frauen und Männern ist der Anteil an Frauen in Führungspositionen.

Führungsverantwortung geht einerseits mit Entscheidungs- und Gestaltungsmöglichkeiten einher, andererseits korreliert sie mit der Einkommenshöhe. Zur Darstellung der Entwicklung des Frauenanteils in Führungspositionen wurde die Kennzahl „Frauen in den höchsten besoldungsrechtlichen Einstufungen" entwickelt, die vier Ebenen enthält. Die zwei höchsten Ebenen sind die Akademikerinnen und Akademiker Gruppe 1 (z. B. Generalsekretärin und Generalsekretär, Sektionsleitung, Gruppenleitung, etc.) und Gruppe 2 (z. B. Abteilungsleitung, Referatsleitung, etc.). Seit 2006 sind die Anteile von Frauen in Führungspositionen auf allen Ebenen gestiegen. Gruppe 1 weist mit einem Anstieg von 22,5 Prozentpunkten den höchsten Zuwachs an Frauen im Vergleich zu den übrigen Einstufungen auf.

Bundeskanzleramt
Sektion III – Öffentlicher Dienst
und Verwaltungsinnovation
Leiter Mag. Andreas Buchta-Kadanka
Hohenstaufengasse 3, 1010 Wien

Kontakt
Bundeskanzleramt
III/7/a – HR-Controlling
Telefon: +43 1 71606-667334
E-Mail: iii7@bka.gv.at



Weitere Details finden Sie im
Bericht Personal des Bundes 2025,
verfügbar auf unserer Website
unter oeffentlicherdienst.gv.at



Impressum
Medieninhaber, Verleger und Herausgeber:
Bundeskanzleramt, III/7/a – HR-Controlling
Redaktion: Yeliz Luczensky, Sarina Mansour Fallah, Vladan Mamuza
Grafik: BKA Corporate Identity & Kommunikationsdesign
Druck: BMI Digital Print Center
Auszugsweiser Abdruck ist nur mit Quellenangabe gestattet,
alle sonstigen Rechte sind vorbehalten.
Wien, 2025

bundeskanzleramt.gv.at